

Hans Kaminski

Gedanken zum gemeinsamen Memorandum von BDA und DGB

Memoranden, Initiativen, Aufrufe mit Forderungen, verstärkt ökonomische Bildung im Allgemeinbildungsprofil von Schule zu verankern, gab es im letzten Jahr einige. Also nur eine neue Initiative?

Nein, das Gewicht dieses Memorandums liegt in der politischen Dimension: BDA und DGB.

Die Forderung nach einem Fach Wirtschaft war unter Kennern der Szenerie bekannt, dennoch ist das Memorandum eine Sensation. Vor wenigen Jahren wäre solch ein Memorandum unter gemeinsamer Federführung von BDA und DGB nicht denkbar gewesen. Hinzu kommt, dass die Initiative getragen wird vom Deutschen Elternverein, dem Verband deutscher Realschullehrer, der Deutschen Gesellschaft für ökonomische Bildung.

Die hier geforderte sozioökonomische Bildung soll nach den Vorstellungen der Initiative ab Klasse 5 in einem eigenständigen Unterrichtsfach realisiert werden:

„Mit der Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches Wirtschaft erfährt die Allgemeinbildung die Weiterentwicklung und Ergänzung, die der Bedeutung von Wirtschaft und Arbeitswelt für die Dynamik moderner Gesellschaften Rechnung trägt.“ (Memorandum, S. 13)

Insofern ist es nur konsequent, dass die Träger der Initiative die Kultusminister der einzelnen Bundesländer auffordern, diesen Vorschlag in ihren Bundesländern umzusetzen. Sie sehen auch völlig richtig die Begründung für die Notwendigkeit eines eigenständigen Unterrichtsfaches Wirtschaft:

„Das häufig vorherrschende, nur punktuelle Aufgreifen wirtschaftlicher Themen in anderen Fächern unter deren fachspezifischen Fragestellungen, z. B. in Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde, erfüllt nicht den Anspruch auf einen systematischen und kumulativen Kenntnissgewinn über das Beschäftigungs- und Wirtschaftssystem und dessen Bedeutung für den Einzelnen.“ (Memorandum, S. 13)

Seit mehr als 30 Jahren können wir in der didaktischen und bildungspolitischen Dis-

kussion die Auseinandersetzungen um Integrationsfächer, um fachübergreifende Ansätze verfolgen, die mit missionarischem Eifer geführt wurden, sich häufig mit didaktischen Teilfragen beschäftigten, die aber innovationspolitische Erfordernisse vermissen ließen.

Insbesondere beim DGB scheint es eine Veränderung in der Einschätzung der Situation gegeben zu haben, die von den Einzelgewerkschaften zwar nicht einheitlich geteilt zu werden scheint, aber dennoch zur Einsicht geführt hat, dass nur dann eine angemessene Vorbereitung auf die Bedingungen und Möglichkeiten der Arbeits- und Wirtschaftswelt innerhalb des Schulsystems sicherzustellen ist, wenn dafür ausgewiesene Zeitanteile in den Schulen, eigene Studiengänge an den Hochschulen vorhanden sind; und so ist nun mal die harte politische Realität: dies ist ohne Fächer im Schulsystem gegenwärtig nicht zu haben.

Man kann den beiden Tarifpartnern nur dazu gratulieren, dass sie sich auf diese Position haben einigen können, weil sich offensichtlich wohl die Einsicht durchgesetzt hat, dass alle anderen Lösungen didaktische Flickschustereien sind. Dies muss m. E. in keiner Weise einen Widerspruch gegen fachübergreifendes inter-

disziplinäres Arbeiten darstellen, sondern es gilt das Gegenteil: die Fachlösung bietet erst eine seriöse Grundlage, einen Ankerplatz für fachübergreifendes Arbeiten und integrative Einsichten zu schaffen.

Nun sollte es auch gelingen, die wesentlichen Kräfte in der Gesellschaft für die in der Zwischenzeit überfällige Entscheidung zu bündeln und man sollte sich nicht durch die ersten ablehnenden Stellungnahmen gegen ein Fach Wirtschaft verschrecken lassen.

Dass sich dabei die Kultusminister besonders hervortun, ist bei Kennern der Szenerie nicht überraschend. Sie waren es immer wieder, die mit scheinbar didaktischen Überlegungen letztlich nur versuchten, Kostenentscheidungen ungeschickt zu verdecken. Der Druck der Finanzminister ist übermächtig und Kultusminister haben in den Kabinetten nicht die stärkste Position.

Natürlich kostet ein Fach Wirtschaft Geld, aber die Kostenargumente sind die Nagelprobe dafür, wie ernst unsere Gesellschaft es meint, ökonomische Bildung oder sozioökonomische Bildung, wie das Memorandum es fordert, zum integralen Bestandteil von Allgemeinbildung zu machen.

Wichtig scheint für die nächste Zeit zu sein,

1. es muss zwischen den unterschiedlichen Initiativen, Projekten, die gegenwärtig in der Bundesrepublik zu beobachten sind, dringend zu einer Bündelung der Kräfte kommen, damit überzeugende Lösungen für ein Fach Wirtschaft vorgelegt werden können und die einzelnen Projektvorhaben sich zu einem Gesamtkonzept in der Bundesrepublik verbinden.
2. es muss die Gefahr gesehen werden, dass sich die gegenwärtig günstige Situation im Grabenkampf zwischen Kostenargumenten, didaktischen und bildungstheoretischen Argumenten selbst auflöst, und die Frage nach ökonomischer Bildung für Schulen aller Schulformen und Schulstufen auf alberne didaktische Scheingefechte reduziert wird.

Nun sollte es gelingen,
die wesentlichen Kräfte
in der Gesellschaft für
die überfällige Entscheidung
zu bündeln ...